

Eine Frage der politischen Immunität

Seit dieser Woche ist klar, dass nun auch gegen Philippa Strache in der Spendencausa ermittelt wird. Zöge sie ins Hohe Haus ein, wäre sie durch politische Immunität aber wohl nicht vor Strafverfolgung geschützt.

Fabian Sommariva

Die Staatsanwaltschaft Wien bestätigte am Montag einen entsprechenden Bericht der *Krone* vom Wochenende, wonach gegen Philippa Strache in der Spendencausa nun ebenfalls ermittelt wird. Strache wird damit als Verdächtige wegen des Verdachts der Untreue geführt – gleich wie ihr Ehemann und Ex-FPO-Chef Heinz-Christian Strache. Der Vorwurf lautet, Spesenkonten der Partei auch für private Zwecke verwendet zu haben. Gegen die frühere Büromitarbeiterin und den Exbodyguard des ehemaligen Vizekanzlers laufen Ermittlungen, weil sie Privatausgaben über Scheinbelege der Partei verrechnet haben sollen. Der Exbodyguard soll seinen früheren Chef bei der Soko Ibiza schwer belastet haben. Die Straches wurden aber beide noch nicht einvernommen. Für alle Beteiligten gilt die Unschuldvermutung.

Zu Wochenbeginn äußerten nun einige Medien den Verdacht, dass die Ermittlungen eine entscheidende Rolle in den Überlegungen Philippa Straches rund um ihr Nationalratsmandat spielen könnten. Die parlamentarische Immunität könnte Strache ins Hohe Haus locken, wurde angedeutet. Strache hatte angekündigt, bis Mittwoch darüber zu entscheiden, ob sie das ihr zugewiesene Mandat zurückweisen oder als wilde Abgeordnete ins Parlament einziehen wird. Rein rechtlich müsste sie sich von diesem Datum aber gar nicht stressen lassen, gilt es doch lediglich als



Die Staatsanwaltschaft ermittelt, ob sich die Straches auf Parteikosten bereichert haben. Das Ehepaar streitet alles ab. Auf politische Immunität könnte sich die mögliche Abgeordnete wohl nicht berufen.

Stichtag für Doppeltgewählte, was auf sie nicht zutrifft. Der neue Nationalrat wird sich am 23. Oktober konstituieren.

Der Parlamentarismusexperte Werner Zögernitz vom Institut für Parlamentarismus und Demokratieforschung sieht im Gespräch mit dem STANDARD aber kaum Hoffnung auf Immunität für Philippa Strache in der Spendencausa. Dass sie ihre parlamentarische Immunität durchsetzen kann, „schließe ich aus“, sagt er. Die Vorwürfe stünden nicht im Zusammenhang mit ihrer politischen Tätigkeit als Abgeordnete.

Die Staatsanwaltschaft werde deshalb vermutlich nicht einmal ein Ersuchen an den Immunitätsausschuss um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung stellen, glaubt Zögernitz. Sollten es die Behörden dennoch tun, so werde

Strache sehr wahrscheinlich vom Nationalrat mit einfacher Mehrheit ausgeliefert, weil die Vorwürfe klar in der Zeit vor ihrer Abgeordnetentätigkeit liegen. So würde wohl auch die Empfehlung des Immunitätsausschusses lauten.

Schutz vor Exekutive

Die Immunität selbst ist ein Relikt der Kaiserzeit. Die Abgeordneten sollten gegen mutwillige Anschuldigungen durch Monarchen geschützt werden. Bis in die 1970er-Jahre waren sogar noch Verkehrsdelikte durch die Immunität geschützt. Im Laufe der Jahre wurden die Hürden dann aber gesenkt, was speziell Anfang des Jahrzehnts zu etlichen Auslieferungsanträgen führte.

Um die Flut an Anzeigen gegen Nationalratsabgeordnete einzudämmen, beschloss man aber,

etwa die Ehrenbeleidigung wieder als Teil der Immunität zu verstehen. Die berufliche Immunität von Abgeordneten umfasst dabei alle während der Zeit ihres Nationalratsmandats „gemachten mündlichen oder schriftlichen Äußerungen“ – ausgenommen sind Verleumdung und Geheimnisverrat laut Informationsordnungsgesetz. Regierungsmitglieder besitzen in Österreich übrigens keine Immunität, sofern sie nicht zeitgleich ein Nationalratsmandat innehaben. Verhaftet werden dürfen Mandatäre nur, wenn sie auf frischer Tat erwischt werden oder eben auf Anweisung des Nationalrats.

Fünfmal war Strache (Heinz-Christian) bereits Thema im Immunitätsausschuss. Zweimal wurde ein politischer Zusammenhang erkannt, zweimal nicht, einmal der Antrag zurückgezogen.

Zufriedene Vorarlberger gingen nicht zur Wahl

Im Ländle beteiligten sich trotz großer Parteienwahl nur 61 Prozent an der Landtagswahl

Jutta Berger

Bregenz – 105.630 Menschen sind am Sonntag nicht wählen gegangen. Die Appelle von Landeshauptmann Markus Wallner (VP), zur Wahl zu gehen, haben wenig Gehör gefunden. Die Wahlbeteiligung sank von 64 auf 61 Prozent. Diesen Rückgang erklärt Wahlforscher Christoph Hofinger mit der Wahlabstimmigkeit vieler FPÖ-Wähler. Jeder Vierte sei zu den Nichtwählern abgewandert.

Im internationalen Vergleich sei die Wahlbeteiligung in Österreich hoch. Wahlbeteiligungen um die 60 Prozent seien kein Alarmzeichen, sagt Florian Oberhuber von Sora. Ähnlich sieht das Politologin Kathrin Stainer-Hämmerle: „Man könnte sagen, der fehlende Antrieb wählen zu gehen, ist ein Zeichen von relativ hoher Zufriedenheit.“

Gefährlich für die Demokratie wäre ein hoher Nichtwähleranteil dann, wenn die Menschen durch fehlende Ressourcen wie Bildung, Einkommen oder Zeit an der Teilhabe gehindert würden.

Ein weiterer Grund, nicht zur Wahl zu gehen, ist das fehlende Angebot wählbarer Parteien. „Dieses Argument hat in Vorarlberg bei zwölf Listen sicher nicht zugehört“, sagt Stainer-Hämmerle.

Außer den fünf Landtagsparteien traten weitere sieben Listen an.

Von christlich-fundamentalistisch, muslimisch-national über die Mitte-rechts bis ganz links reichende das Spektrum.

Am erfolgreichsten unter den Kleinparteien war mit 3052 Stimmen oder 1,9 Prozent die Heimat aller Kulturen (HAK). Parteigründer Murat Durdu, der den rechten Grauen Wölfen nahestehen soll, hatte auf die türkischstämmigen Vorarlberger gezählt. Sie hatten die Gruppierung ja bereits in die Arbeiterkammer gewählt.

HAK schaffte die Fünf-Prozent-Hürde aber nicht. Durdu will dennoch weitermachen, künftig aber

auch Menschen aus anderen Herkunftstaaten ansprechen. Ein schwieriges Unterfangen, meint Kathrin Stainer-Hämmerle: „Wie will man rechte Nationalisten und Kurden zusammenbringen?“ Schließlich sei die migrantische Bevölkerungsgruppe keine homogene. Zudem sei ein großer Teil der migrantischen Bevölkerung nicht wahlberechtigt.

Xi, die zweitstärkste Neupartei, sprach 2442 oder 1,5 Prozent der Wählerinnen und Wähler an. Genug für Initiator Chris Alge, sich auch künftig politisch zu betätigen. Der Drang, mit einer eigenen

Partei anzutreten, ist für Stainer-Hämmerle ein Zeichen für „das Vorarlberger Eigenständige“ – auch gegenüber Parteien.

Konrad Steuer vom linken Wandel sieht, obwohl er mit 1447 Stimmen knapp unter einem Prozent blieb, kritisches Potenzial in Vorarlberg. Stainer-Hämmerle winkt ab: „Für eine linke Partei ist Vorarlberg zu konservativ.“

Nun wird sondiert

Wie geht es nach der Wahl im Vorarlberger Landhaus weiter? „Sehr rasch“ will Markus Wallner (VP) dem Landtag eine neue Landesregierung vorschlagen. 2014 hatte man zehn Tage für die Regierungsbildung gebraucht.

Am Montag wurde in den Parteivorständen diskutiert. Am Dienstag beginnen Sondierungsgespräche der Volkspartei mit allen Parteien, dann wird konkret verhandelt.

An einer Neuaufgabe von Schwarz-Grün zweifelt niemand. Beide Parteien haben am vergangenen Sonntag je ein Mandat hinzugewonnen. Die Volkspartei hat nun 17, die Grünen haben sieben Sitze. Neu für die Grünen: Sie werden einen Sitz im Landtagspräsidium und einen im Bundesrat bekommen. Das Personalkarussell wird sich aber erst zu drehen beginnen, wenn die Regierungsmannschaft fixiert ist.



Markus Wallner am Sonntag bei der Siegesfeier seiner Partei. Ab Dienstag geht es in die Sondierungsgespräche.

Rauskala will für alle PH-Rektoren externe Gutachten

Wirbel um Neubestellung Hochschulleitung in Linz

Linz/Wien – Im Streit um die Rektorenbestellung an der Pädagogischen Hochschule (PH) Oberösterreich hat sich nun erstmals Bildungsministerin Iris Rauskala öffentlich zu Wort gemeldet. In einer eilig einberufenen Pressekonferenz am Montagmittag kündigte Rauskala an, dass es künftig bei Rektorenbestellungen an PHs „immer externe Gutachten geben wird“ und dass im Linzer Fall eine „weitere externe juristische Prüfung“ durch die Finanzprokuratur geplant sei, „um zu klären, wie es zu einer derartig unterschiedlichen Wahrnehmung der wissenschaftlichen Qualifikation der Bewerber kommen kann“. Beide vom Ministerium eingeholten Gutachten kamen nämlich zu einer der Einschätzung des Hochschulrats an der lokalen PH gravierend widersprechenden Beurteilung der Wissenschaftlichkeit der Rektorkandidaten.

Im Dezember 2018 hatte es ein Kandidatenhearing gegeben, der Hochschulrat schickte sein Gutachten mit einer klaren Empfehlung für den amtierenden, SP-nahen, Rektor Herbert Gimpl an das Ministerium. Dieses beurteilte das Gutachten jedoch als „mangelhaft“, sagte Rauskala am Montag, und bestellte selbst zwei Gutachten, um die Reihung zu überprüfen. Darin wurde die mangelnde Forschungstätigkeit Gimpls kritisiert – und überraschend der zweitgereichte, VP-nahe Kandidat Walter Vogel an die Spitze gesetzt.

Delikates Detail: Jene leitende Beamtin im Bildungsministerium, die für die Steuerung der PHs zuständig ist, ist Vogel Ehefrau. Das Ministerium betonte jedoch, dass „die besagte Beamtin nicht in das Verfahren involviert war“ – und im Falle, dass Herr Vogel PH-Rektor werden soll, auch nicht in ihrer Funktion bleiben werde: „Das ist nicht vereinbar.“ (mro, nim)

KURZ GEMELDET

Parlament mit neuem Restaurant auf dem Dach

Wien – Das derzeit in Sanierung befindliche Parlamentsgebäude wird künftig Besuchern und Mitarbeitern ein Dachrestaurant mit exklusivem Blick über die Dächer Wiens bieten. Geplant sind unter anderem vier Außenterrassen im Restaurantbetrieb auf dem Dach als Teil des neuen Besucherzentrums, hieß es am Montag bei einer Baustellenbesichtigung. Die Bauarbeiten sind laut Angaben der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) weiterhin „im Plan“. (APA)

SPÖ und die Porsches – eine befremdliche Debatte

Innsbruck – Der Tiroler SPÖ-Chef Georg Dornauer hat die Debatte um seinen Porsche Macan auf Twitter als „befremdlich“ bezeichnet. „Ich glaube, dass es die Menschen nicht interessiert, welches Auto ich fahre.“ Er habe nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass er einen Porsche fahre. Er stelle sich die Frage, „wer in Zukunft noch dazu bereit ist, politische Verantwortung zu übernehmen, wenn jedes Wort auf die Waagschale gelegt wird und man nicht einmal mehr selbst entscheiden kann, welches Auto man fährt.“ Auch Ex-SPÖ-Bundesgeschäftsführer Thomas Drozda war wegen seines (alten) Porsches in die Kritik geraten. Er schrieb zur Debatte über die SPÖ: „Ich teile die Idee nicht, private Oldtimerfahrten wären das Hauptproblem.“ (APA)